Regierung verärgert Lehrpersonen

Klassenlehrer an den Berufsschulen fühlen sich ungerecht behandelt. Sie wollen eine alte Sparmassnahme aufheben.

Christian Glaus

Der Luzerner Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann (SVP) hat einen Teil seines Departements gegen sich aufgebracht. Die Berufsschullehrpersonen sind wütend, weil sie sich ungerecht behandelt fühlen. Nun gelangt deren Verband an die Öffentlichkeit.

Am vergangenen Freitag informierte der Kanton Luzern darüber, dass ab dem kommenden Schuljahr die Klassenlehrpersonen am Obergymnasium, an der Fachmittelschule und den schulisch organisierten Berufsmaturitätsschulen entlastet werden – um neu eine Wochenlektion (bisher 0,5). Diese Massnahme kostet pro Jahr rund 900'000 Franken. Begründet wird sie damit, dass die psychische Gesundheit der Jugendlichen leidet. Die Klassenlehrpersonen erhalten nun mehr Zeit, damit sie sich um die Jugendlichen kümmern können.

Was die Öffentlichkeit nicht wusste: Nur zehn Tage zuvor hatten sich die Berufsschullehrpersonen mit einem ähnlichen Anliegen zu Gesprächen getroffen mit Armin Hartmann und Daniel Preckel, Leiter der Dienststelle Berufs- und Weiterbildung. Sie scheiterten zum wiederholten Mal mit ihrem Anliegen, dass Klassenlehrpersonen an den Berufsschulen entlastet werden. Dass der Kanton nur wenige Tage später ein Entlastungspaket für die Stufe Sek II verkünden wird, wussten sie nach eigenen Angaben nicht. «Weshalb werden die Berufsfachschulen nicht berücksichtigt?», fragt der Verband in der Medienmitteilung.

Einblick ins Berufsbildungszentrum Natur und Ernährung Sursee. Bild: Boris Bürgisser (Luzern, 5. 2. 2025)

> «Wir fordern Gleichbehandlung – schon seit mehr als zehn Jahren.»

Severin Schürch
Vorstand im Verband der Berufsschullehrpersonen

Entlastung wurde mit dem Sparpaket gestrichen

Den Klassenlehrpersonen an den Berufsschulen wurde die Entlastung für ihre Zusatzaufgaben von ursprünglich einer halben Lektion pro Woche im Zuge der kantonalen Sparmassnahmen gestrichen. Obwohl die Steuergelder inzwischen wieder sprudeln, wurde sie nicht wieder eingeführt. «In den ersten Jahren hatten wir noch Verständnis für die Sparmassnahmen und haben diese mitgetragen», sagt Severin Schürch, Allgemeinbildungslehrer am Berufsbildungszentrum Gesundheit und Soziales in Sursee und Vorstandsmitglied im Verband der Berufsschullehrpersonen. «Doch Jugendliche leiden nicht etwa nur an den Gymnasien zunehmend unter psychischer Belastung – auch an den Berufsschulen gibt es mehr Probleme.»

Klassenlehrer seien wichtige Bezugspersonen für die Jugendlichen und oft erste Anlaufstelle, wenn es beispielsweise Probleme mit dem Lehrbetrieb gebe. Die Fälle seien sehr komplex und anspruchsvoll, weil neben den Lernenden und deren Eltern auch die Lehrbetriebe involviert seien.

Schürch unterrichtet derzeit acht Klassen, bei zweien ist er Klassenlehrer. Er betreut knapp 40 Jugendliche. Für diese Aufgabe dürfte er pro Woche ungefähr eine Viertel-Lektion aufwenden, sagt er.

Eine Viertel-Lektion für 50 Jugendliche

Das reiche nicht, insbesondere bei Jugendlichen im ersten Lehrjahr, wo Wechsel oder Lehrabbrüche häufiger vorkämen (siehe Box). «Wir nehmen uns gerne Zeit für die Jugendlichen, das ist wichtig und nötig – dafür bezahlt werden wir aber nicht, im Gegensatz zu anderen Schulen an der Sekundarstufe 2», sagt Schürch. «Wir fühlen uns von der Dienststelle Berufs- und Weiterbildung nicht gut vertreten und fordern Gleichbehandlung – nun schon seit mehr als zehn Jahren!»

Dass der Aufwand für die Klassenlehrpersonen an den Berufsschulen gestiegen ist, anerkennt Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann. Das Anliegen einer Entlastung insbesondere im ersten Lehrjahr sei begründet. Die Regierung werde dieses prüfen. «Die Enttäuschung und die Forderung verstehen wir», schreibt Hartmann, «nicht aber, dass der Verband jetzt überrascht reagiert.» Denn die Massnahmen, welche auf das nächste Schuljahr hin umgesetzt werden, seien bereits im vergangenen Sommer angekündigt und im Oktober vom Kantonsrat definitiv verabschiedet worden.

Hartmann: «Die Arbeit ist bezahlt»

Hartmann schreibt zudem, dass Gymnasien und Berufsschulen nicht vergleichbar seien: Die Arbeit als Klassenlehrperson werde an den Berufsschulen bereits bei der Lehrverpflichtung berücksichtigt. «Seit der Streichung der Entlastungen im Zuge der Sparmassnahmen gilt in den Berufsfachschulen die Regelung, dass Klassenlehrpersonen den Betreuungsaufwand im Rahmen ihres beruflichen Auftrags leisten. Die Arbeit als Klassenlehrperson ist somit bezahlte Arbeitszeit.» Dafür müssten sie weniger andere Aufgaben erledigen.

Die Regierung habe 2023 in Aussicht gestellt, eine Entlastung zu prüfen. Im aktuellen Aufgaben- und Finanzplan für die Jahre 2025–2028 seien jedoch andere Massnahmen im Bildungsbereich priorisiert worden, um den Lehrberuf attraktiver zu machen. Dazu gehören unter anderem höhere Löhne – und davon würden auch die Berufsschullehrpersonen profitieren.

Lehrabbrüche: Kantonsrat ist besorgt

Noch nie seien im Kanton Luzern so viele Lehrverträge aufgelöst worden wie im vergangenen Schuljahr 2023/24. Und bei der einfacheren Attestlehre (EBA) sei die höchste Abbruchquote seit acht Jahren verzeichnet worden. Das schreibt der Krienser FDP-Stadtrat und Kantonsrat Roger Erni in einer Anfrage an die Luzerner Regierung – und fordert, dass diese Lösungsansätze aufzeigt. Aufgrund des hängigen Vorstosses kann Daniel Preckel, Leiter der Dienststelle Berufs- und Weiterbildung, keine detaillierten Auskünfte geben. Im Schuljahr 2023/24 seien 9,5 Prozent der Lehrverträge aufgelöst worden, schreibt er. Das entspreche dem langjährigen Schnitt und sei im nationalen Vergleich tief. Schweizweit liege die Abbruchquote bei rund 25 Prozent.

Korrekt sei, dass es bei den Auflösungen im ersten Lehrjahr «eine leichte Steigerung gibt, dafür eine Abnahme im zweiten Lehrjahr». Bei der Ausbildung mit Berufsattest sei die Abbruchquote von 16 auf 19 Prozent gestiegen. Die Gründe sollen nun analysiert werden. *(cgl)*